

SPD demokratischer pressediens

P/KXVI/72

16. April 1971

Fernstraßenbau-Bedarfsplan: eine Realität

Klarstellungen zu einer Agitationskritik
der CDU

Von Karl Wittrock
Staatssekretär des Bundesministeriums für
Verkehr

Seite 1 und 2 / 58 Zeilen

Truppe hat Vertrauen in die politische Leitung

Der Middelorf-Untersuchungsausschuß wird
volle Klarheit bringen

Von Klaus Richter SPD-MdB
Mitglied des Verteidigungsausschusses des
Bundestages

Seite 3 und 4 / 79 Zeilen

Aus der Geschichte lernen!

Zur Ausstellung "Der antifaschistische Wider-
stand in Deutschland von 1933 bis 1945"

Von Ministerpräsident a.D. Dr. Wilhelm Koegner

Seite 5 und 6 / 64 Zeilen

Sonderbeilage: "Frau und Gesellschaft"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
6300 Bonn B, Hausstraße 2-10
Postfach: 3163
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 2283 37-38
Telefax: 898 848, 898 847/
888 848 PPF D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Fernstraßenbau-Bedarfsplan: eine Realität

Klarstellungen zu einer Agitationskritik der CDU

Von Karl Wittrock

Staatssekretär des Bundesministeriums für Verkehr

Mancher meint, der Bedarfsplan über den Ausbau der Bundesfernstraßen sei Illusion. Wer dieser Meinung ist, hat den Sinn des Bedarfsplanes, der Bestandteil des Gesetzes über den Ausbau der Bundesfernstraßen in den Jahren 1971 bis 1985 sein wird, nicht begriffen. Er gibt Anlaß zu der Frage, seit wann eigentlich fundiert festgestellter Bedarf Illusion ist. Der auf breiter wissenschaftlicher Grundlage ermittelte Bedarf an Bundesfernstraßen ist härteste Realität. Wenn die Bedarfsschätzung nach dem Entwicklungsstand des Straßenverkehrs im Jahre 1985 orientiert ist, so ist dies Ausdruck vorsorgender und weitschauender Regierungspolitik. Es ist bedauerlich, daß es viele gibt, die dies nicht begreifen oder nicht begreifen wollen.

Dabei ist es so leicht zu verstehen, daß eine langfristige Bedarfsfeststellung für alle Träger des Straßenbaus nur hilfreich sein kann. Jede Gemeinde, jede Region, jeder Planungsträger, der von den Fernstraßenplanungen berührt ist, muß es nachhaltig begrüßen, daß die Bundesregierung für ihren Verantwortungsbereich klare Aussagen über den Straßenbedarf der Öffentlichkeit unterbreitet hat. Es handelt sich um Aussagen, auf denen die künftigen Vorstellungen für die Raumordnung und für eine fortschrittliche Strukturpolitik aufgebaut werden können.

Noch niemals hat es in der Vergangenheit eine so sorgfältige Bedarfsanalyse gegeben. Es ist bemerkenswert, daß ge-

rade die von der CDU regierten Bundesländer sich erst spät zu vergleichbaren Planungsvorstellungen für ihren Verantwortungsbereich entschließen konnten. Soweit aber der Sinn einer sorgfältigen Bedarfsermittlung begriffen worden ist, hat man auch dort das Versäumte nachgeholt.

Natürlich bestreitet niemand, daß es einen Unterschied zwischen Bedarf und Bedarfsdeckung gibt. Daß es hier Deckungslücken gibt, ist niemals verschwiegen worden und hat auch niemanden überrascht. Aber gerade für eine langfristige Regierungspolitik ist es notwendig, Transparenz über das Ausmaß der Bedarfsdeckungslücken zu gewinnen. Nur so können die längerfristigen finanzpolitischen Entscheidungen getroffen werden, um eine zielorientierte Politik zu realisieren.

In der Öffentlichkeit ist das auch weithin verstanden worden. Die Diskussionen über die künftige Finanzierung des Straßenbaus sind in Gang gekommen. Dabei ist es klar, daß im Mittelpunkt der Diskussionen die Mineralölsteuer steht.

Sicher wird es niemanden wundern, wenn eines Tages, nicht in diesem Jahr, aber zu irgendeinem Zeitpunkt in der Zukunft, die aus dem Mineralölsteuerertrag gewonnene Deckungsmasse vergrößert wird. Dies ist auch deshalb naheliegend, weil die gegenwärtige Steuerhöhe vor vielen Jahren festgesetzt worden ist. Im Übrigen ist es gut, wenn der Bürger bei einer stärkeren Inanspruchnahme weiß, welcher konkrete Bedarf mit seinen Steuermitteln gedeckt werden soll. Deshalb hat der Staatsbürger Anspruch auf eine sorgfältige und gründliche Bedarfsermittlung. Auch aus diesem Grunde ist es abwegig, dem Bundesverkehrsminister vorzuwerfen, sein Beitrag zu maximaler Transparenz bei der Erfüllung einer wichtigen Gemeinschaftsaufgabe sei illusionär. Der Bundesverkehrsminister und mit ihm die Bundesregierung hat mit der Vorlage eines langfristigen Bedarfsplanes nichts anderes getan, als dem mündigen Bürger zu sagen, was in einer modernen Gesellschaft an Infrastrukturmaßnahmen erforderlich ist. Dies sollte jeder akzeptieren, der unvoreingenommen und ohne Scheuklappen sich mit den Problemen auseinandersetzt.

(-/ex/16.4.1971 bgy)

Truppe hat Vertrauen in die politische Leitung

Der Middeldorf-Untersuchungsausschuß wird volle Klarheit bringen

Von Klaus Richter SPD-MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion, Karl Wienand, hat klargemacht, daß die SPD dem Antrag der CDU/CSU, den Verteidigungsausschuß des Parlaments als Untersuchungsausschuß in Zusammenhang mit dem Fall des vorläufig beurlaubten Generals Eike Middeldorf einzusetzen, mit Gelassenheit entgegensieht. Die SPD wird der Forderung der CDU/CSU zustimmen, weil sie mit dem Untersuchungsausschuß die Möglichkeit eingeräumt bekommt, die psychologische Kampfführung der Opposition gegen die politische Leitung der Bundeswehr hart zu unterbinden. Wienand hat besonders verdeutlicht, daß das Verhalten der Opposition zusätzliche Unruhe in die Truppe hineinträgt, und daß die ständigen Angriffe auf den Bundesverteidigungsminister nur darauf abzielen, diesem bei der Überwindung der übernommenen Schwierigkeiten möglichst viele Steine in den Weg zu legen. Der Vorschlag der CDU-Abg. Dr. Klepsch und Ernesti wird das Ansehen der Opposition in der Öffentlichkeit und in der Bundeswehr nicht erhöhen. Der Untersuchungsausschuß wird sich zwangsweise auch mit all den Fragen befassen müssen, die mit der Niederschrift von 30 Hauptleuten einer Panzergrenadier-Division in Zusammenhang stehen. Das freilich hatte Helmut Schmidt der Bundeswehr ersparen wollen.

Des Ministers Verhalten in der Verteidigungsdebatte vor Ostern ist in der CDU/CSU-Opposition nicht ausreichend analysiert worden; sonst hätten die beiden CDU-Abgeordneten nicht ihren Vorschlag in den Raum gestellt. Helmut Schmidt hat in der Verteidigungsdebatte auf die breite Darstellung der Niederschrift der Hauptleute durch den Oppositions-Sprecher überhaupt nicht reagiert. Er hat vielmehr in Ausübung des Rechtes, das ihm die Verfassung gibt, gegen den Willen der Opposition durchgesetzt, daß er vor dem CDU-Abg. Dr. Zimmermann sprechen konnte. Der Grund dafür war - und das hat Helmut Schmidt vor wenigen Tagen in einer vom Generalinspekteur der Bundeswehr einberufenen Kommandeur-Besprechung, an der die führenden Generalität aller Teilstreitkräfte bis zu den Divisions-

kommandeuren einschließlich teilnahm, erklärt -, daß ihm und der ganzen Bundeswehr nicht daran liegen könne, unnötigerweise den falschen Eindruck einer Einheitsfront zwischen einer Gruppe von Hauptleuten und der parlamentarischen Opposition zuzulassen.

Helmut Schmidt hätte es leicht gehabt zu sagen: Im Grunde ist das, was in der Niederschrift steht, seit Jahren bekannt. Und er hätte es leicht gehabt, das hat er bei der Kommandeurbesprechung ausgeführt, zu sagen: "Meine Kollegen von der Opposition, die Bundeswehr existiert insgesamt 16 Jahre; davon bin ich für 16 Monate verantwortlich, für alles, was vorher war, ist die CDU/CSU verantwortlich. Wollten Sie im Ernst glauben machen, daß alles, was Sie heute in scheinbarer Übereinstimmung mit 30 Hauptleuten aus Unna vortragen, auf die letzten 16 Monate zurückzuführen ist, oder ist es nicht ein Gesamtergebnis des ganzen Zeitraums?" Nichts ist leichter, das darf die Opposition nicht übersehen, als die anderthalb Jahrzehnte der CDU/CSU-Führung verantwortlich zu machen für die jahrelangen Unterlassungen in der Bundeswehr von Anfang an. Helmut Schmidt, das war bisher seine größte Stärke, hat verzichtet, diese Karte auszuspielen, er hat sich stattdessen mit wachsendem Erfolg den Kopf darüber zerbrochen, wie man der Truppe wirklich helfen kann.

Ein so dünnes Papier und das merkwürdige Verhalten eines Generals hätten eigentlich das Parlament nicht über das normale Maß hinaus aufhalten dürfen. Auf den Tischen der Parlamentarier des Verteidigungsausschusses liegen z.B. die ersten Ergebnisse der fünf Kommissionen, die zur Verwirklichung des "Weißbuches" im Sommer 1970 mit ihrer Arbeit begonnen haben. In absehbarer Zeit werden das endgültige Gutachten der Bildungskommission und der Bericht der Personalstruktur-Kommission vorliegen. Hier lohnt sich nun tatsächlich der parlamentarische Einsatz, denn hier wird das Bild des Soldaten, Unteroffiziers und des Offiziers bis zum Ende dieses Jahrhunderts geprägt. Durch sehr viel Arbeit muß die Wehrgerechtigkeit im Sinne der grundrechtlich verankerten Gleichberechtigung gewährleistet werden. Mit der Neuordnung des Rüstungsbereichs werden Entscheidungen für die nächsten zwei Jahrzehnte anstehen: Hier kann die Opposition ihre Alternativen vorlegen oder mitarbeiten. In wenigen Wochen wird der Öffentlichkeit das "Weißbuch 1971" vorliegen, dann wird jeder in der Bundesrepublik und im Bündnis erneut erkennen, was Helmut Schmidt für die Bundeswehr getan hat.

Die SPD wird im Untersuchungsausschuß verhindern, daß das notwendige Vertrauen der Truppe in die politische Leitung untergraben wird!
(-/ex/16.4.1971/bgy)

+ + +

Aus der Geschichte lernen!

Zur Ausstellung "Der antifaschistische Widerstand
in Deutschland von 1933 bis 1945"

Von Ministerpräsident a.D. Dr. Wilhelm Hoegner

Die nationalsozialistische Bewegung ging von Bayern aus. Hier wurde schon seit 1920 von der sozialdemokratischen Partei Widerstand in Wort und Schrift gegen diese als verderblich erkannte Partei geleistet. Im bayerischen Landtag setzte ich im Jahre 1924 einen Untersuchungsausschuß über den Hitlerputsch von 1923 durch. Als Mitberichterstatter konnte ich die Geldquellen Hitlers und seine Abhängigkeit von der Großindustrie nachweisen.

Die damalige bayerische Regierung ließ die Ausschreitungen der nationalsozialistischen "Bewegung" gewähren. Für die Sozialdemokraten, die sich darüber beschwerten, hatte sie nur Hohn und Spott übrig. Zwar wurde ein bewaffneter Aufmarsch der Nationalsozialisten am 1. Mai 1923 durch die Landespolizei verhindert, aber ein Strafverfahren gegen Hitler wurde von der bayerischen Justiz eingestellt, weil Hitler mit Aufdeckung der geheimen Bewaffnung der sogenannten vaterländischen Verbände durch die Reichswehr, also mit Landesverrat, gedroht hatte. Nach dem Hitlerputsch wurde zunächst die nationalsozialistische Partei verboten, aber bald wieder zugelassen. Ein Redeverbot gegen Hitler wurde vom Reichstag aufgehoben.

Die damalige bayerische Staatsregierung unter Dr. Heiß konnte sich nicht entschließen, durch ein Bündnis mit den Sozialdemokraten das Äußerste abzuwenden. Im Reichstag hatte ich am 18. Oktober 1930 eine Rede gegen den "Volksbetrug der Nationalsozialisten" gehalten und wurde von dem Fememörder Heines in offener Sitzung mit "Killen" bedroht. In der Folgezeit sprach ich in ganz Deutschland von Kiel bis Kempten und von Köln bis Königsberg in großen Versammlungen gegen die Nationalsozialisten.

In einer meiner letzten Versammlungen in Hamburg bezichtigte ich die Nationalsozialisten der Brandstiftung im Reichstags-

gebäude.

Die Folge war, daß nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten von dem Leiter der politischen Polizei in München Heydrich ein Haftbefehl gegen mich erlassen wurde. Ich ging am 11. Juli 1933 in die Emigration, zuerst nach Österreich und nach dem Februar 1934 in die Schweiz.

In der Emigration waren der Tätigkeit gegen den Nationalsozialismus enge Grenzen gezogen. Die ausländischen Regierungen verhielten sich tatenlos und waren keinesfalls freundlich gegen die politischen Flüchtlinge eingestellt. Der sozialdemokratische Parteivorstand entfaltete zwar von Prag aus eine lebhaft illegale Arbeit und hielt enge Verbindung mit den in Deutschland illegal wirkenden Gesinnungsfreunden.

Diese brachten unerhörte Opfer an Gut und Blut. Flugblätter wurden über die deutsche Grenze geschmuggelt und das Ausland mit Zeitungsaufsätzen und Broschüren über die wahren Absichten Hitlers aufgeklärt. Aber Frankreich wollte keinen Krieg, die englische Regierung unter Chamberlain stand dem Nationalsozialismus eher wohlwollend gegenüber und der amerikanische Botschafter Dodd, der sich weigerte, an der Berliner Olympiade teilzunehmen, wurde von seiner Regierung abberufen. Die katholische Kirche ließ sich von Hitler durch ein Reichskonkordat ködern, das Hitler von Anfang an nicht einzuhalten beabsichtigte. Sie erwachte nicht einmal, als in den Konzentrationslagern Hitlers katholische Priester, vor allem polnische, zu hunderten umgebracht wurden. Nach Ausbruch des Krieges wurden die deutschen Emigranten in Frankreich aus Paris in die Provinz verwiesen, in England auf die Insel Man übergeführt. Erst nach 1943 wurde die Haltung der ausländischen Regierungen gegen die Emigranten freundlicher. Man ließ sie jetzt Versammlungen abhalten und in England sogar über den Rundfunk sprechen.

Wenn Völker aus der Geschichte lernen würden, so wäre dem demokratischen Deutschland zu empfehlen, gegen den politischen Rechtsradikalismus von allem Anfang an mit allen gesetzlichen Mitteln vorzugehen und unter Zurückstellung parteipolitischer Streitigkeiten Schulter an Schulter gegen den Rechtsradikalismus zu kämpfen.

(-/ex/16.4.1971/ks)